

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

PCT

INTERNATIONALER VORLÄUFIGER PRÜFUNGSBERICHT

(Artikel 36 und Regel 70 PCT)

REC'D 22 MAR 2005

WIPO

PCT

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts P034523/WO/1	WEITERES VORGEHEN siehe Mitteilung über die Übersendung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts (Formblatt PCT/PEA/416)	
Internationales Aktenzeichen PCT/EP 03/11981	Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 29.10.2003	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 12.12.2002
Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK B62D65/00		
Anmelder DAIMLER CHRYSLER AG		

1. Dieser internationale vorläufige Prüfungsbericht wurde von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde erstellt und wird dem Anmelder gemäß Artikel 36 übermittelt.



2. Dieser BERICHT umfaßt insgesamt 5 Blätter einschließlich dieses Deckblatts.

- ☒ Außerdem liegen dem Bericht ANLAGEN bei; dabei handelt es sich um Blätter mit Beschreibungen, Ansprüchen und/oder Zeichnungen, die geändert wurden und diesem Bericht zugrunde liegen, und/oder Blätter mit vor dieser Behörde vorgenommenen Berichtigungen (siehe Regel 70.16 und Abschnitt 607 der Verwaltungsrichtlinien zum PCT).

Diese Anlagen umfassen insgesamt 1 Blätter.

3. Dieser Bericht enthält Angaben zu folgenden Punkten:

- I ☒ Grundlage des Bescheids
- II ☐ Priorität
- III ☐ Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
- IV ☐ Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
- V ☒ Begründete Feststellung nach Regel 66.2 a)ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
- VI ☐ Bestimmte angeführte Unterlagen
- VII ☐ Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
- VIII ☐ Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

Datum der Einreichung des Antrags 24.04.2004	Datum der Fertigstellung dieses Berichts 18.03.2005
Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde  Europäisches Patentamt - Gitschiner Str. 103 D-10958 Berlin Tel. +49 30 25901 - 0 Fax +49 30 25901 - 840	Bevollmächtigter Bediensteter Wilson, M Tel. +49 30 25901-529 

I. Grundlage des Berichts

1. Hinsichtlich der **Bestandteile** der internationalen Anmeldung (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Berichts als "ursprünglich eingereicht" und sind ihm nicht beigelegt, weil sie keine Änderungen enthalten (Regeln 70.16 und 70.17)*):

Beschreibung, Seiten

1-3 in der ursprünglich eingereichten Fassung

Ansprüche, Nr.

1, 2 eingegangen am 03.12.2004 mit Schreiben vom 01.12.2004

Zeichnungen, Blätter

1/1 in der ursprünglich eingereichten Fassung

2. Hinsichtlich der **Sprache**: Alle vorstehend genannten Bestandteile standen der Behörde in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, zur Verfügung oder wurden in dieser eingereicht, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.

Die Bestandteile standen der Behörde in der Sprache: zur Verfügung bzw. wurden in dieser Sprache eingereicht; dabei handelt es sich um:

- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (nach Regel 23.1(b)).
- ☐ die Veröffentlichungssprache der internationalen Anmeldung (nach Regel 48.3(b)).
- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung eingereicht worden ist (nach Regel 55.2 und/oder 55.3).

3. Hinsichtlich der in der internationalen Anmeldung offenbarten **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz** ist die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage des Sequenzprotokolls durchgeführt worden, das:

- ☐ in der internationalen Anmeldung in schriftlicher Form enthalten ist.
- ☐ zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in schriftlicher Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ Die Erklärung, daß das nachträglich eingereichte schriftliche Sequenzprotokoll nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgeht, wurde vorgelegt.
- ☐ Die Erklärung, daß die in computerlesbarer Form erfassten Informationen dem schriftlichen Sequenzprotokoll entsprechen, wurde vorgelegt.

4. Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:

- ☐ Beschreibung, Seiten:
- ☒ Ansprüche, Nr.: 3
- ☐ Zeichnungen, Blatt:

5. ☐ Dieser Bericht ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der Änderungen erstellt worden, da diese aus den angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2(c)).

(Auf Ersatzblätter, die solche Änderungen enthalten, ist unter Punkt 1 hinzuweisen; sie sind diesem Bericht beizufügen.)

6. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:

V. Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Feststellung
- | | |
|--------------------------------|--------------------|
| Neuheit (N) | Ja: Ansprüche 1,2 |
| | Nein: Ansprüche |
| Erfinderische Tätigkeit (IS) | Ja: Ansprüche 2 |
| | Nein: Ansprüche 1 |
| Gewerbliche Anwendbarkeit (IA) | Ja: Ansprüche: 1,2 |
| | Nein: Ansprüche: |

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

Zu Punkt V

Begründete Feststellung hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

Es wird auf das folgende Dokument verwiesen:

D1: DE 196 12 944 A (AHLMANN ACO SEVERIN) 2. Oktober 1997 (1997-10-02)

1. Anspruch 1 lautet auf eine Montageeinrichtung für das Verbinden einer Fahrzeugkarosserie mit Anbauelementen. Durch diese Formulierung ("für") gehören sämtliche Fahrzeugteile nicht zum Schutzzumfang des Anspruchs, wodurch auch ein sich möglicherweise durch eine solche Anwendung ergebender Zusammenhang zwischen mehreren Montagedornen oder Fahrzeugteilen nicht als Bestandteil des Gegenstandes betrachtet werden kann.

Aus obigen Gründen beschränkt sich der Schutzzumfang des derzeitigen Anspruchs 1 effektiv auf einen einzigen Zentrier-/Montagedorn mit den im weiteren Verlauf des Anspruchs aufgelisteten Merkmalen. Da Dokument D1 einen derartigen Montagedorn offenbart (siehe D1, Fies. 4a-4b), wird dieses Dokument als nächstliegenden Stand der Technik angesehen.

2. Dokument D1 offenbart (siehe Fies. 4a-4b):

Eine Montageeinrichtung (Montagedorn), die für das Verbinden einer Fahrzeugkarosserie mit Anbauelementen geeignet ist (siehe D1, Spalte 6, Zeilen 6-15), wobei die Montageeinrichtung mit einem metallischen Grundkörper ((1,100) - siehe auch Spalte 7, Zeile 23) und einer Kunststoffhülse (20) versehen ist, und wobei die Kunststoffhülse strumpffartig auf den metallischen Grundkörper aufgeschoben wird und an dem Zentrierdornende kappenartig gewölbt ausgebildet ist.

Anspruch 1 unterscheidet sich von dieser Offenbarung durch eine Verbindung der Kunststoffhülse mit dem Grundkörper über einen lösbaren Rastverschluss.

Anspruch 1 ist deshalb neu (Artikel 33(2) PCT).

2. Das obige unterscheidende Merkmale löst die Aufgabe, eine spurbare axiale Fixierung zwischen Grundkörper und Kunststoffhülse zu erreichen.

Diese Aufgabe ist jedoch bereits in Dokument D1 gelöst, weil D1 das Merkmal offenbart (siehe D1, Fies. 1a-1b und 4a-4b), daß der metallische Grundkörper Erhebungen (2,3,4) aufweist, die mit an entsprechenden Stellen der Kunststoffhülse vorgesehenen Verdünnungen (8) zusammenwirken, um eine spurbare axiale Fixierung der Kunststoffhülse am Grundkörper zu erlauben. Hierdurch ergibt sich ein gewisses Gefühl des "Einrastens", wenn die Kunststoffhülse die vorgesehenen Positionen am Grundkörper erreicht (siehe auch D1, Spalte 5, Zeilen 50-63).

Anspruch 1 wird deshalb nicht als erfinderisch angesehen (Artikel 33(3) PCT), weil es sich bei dem Merkmal eines allgemeinen "Rastverschlusses" nur scheinbar um eine nicht genau spezifizierte Variante des in Dokument D1 offenbarten Zusammenwirkens zwischen Grundkörper und Kunststoffhülse handelt, deren Auswahl dem Anspruch keinen erfinderischen Charakter verleiht.

3. Der Gegenstand des Anspruchs 2 unterscheidet sich von der Offenbarung des Dokuments D1 durch eine genauere Spezifizierung des "Rastverschlusses", nämlich durch die Merkmale eines an der Kunststoffhülse befindlichen Ringnuts bzw. eines am Grundkörper befindlichen Ringbunds.

Anspruch 2 wird als erfinderisch angesehen (Artikel 33(3) PCT), weil es für den Fachmann nicht naheliegend wäre, die in Dokument D1 vorgesehene Form des Zusammenwirkens zwischen Kunststoffhülse und Grundkörper durch die in Anspruch 2 detailliert aufgeführten Merkmale des Rastverschlusses zu ersetzen.

DaimlerChrysler AG

(Neue) Patentansprüche

1. Montageeinrichtung für das Verbinden einer Fahrzeugkarosserie mit Anbauelementen, insbesondere mit Fahrwerkelementen, wobei die Montageeinrichtung mit aus einem metallischen Grundkörper und einer Kunststoffhülse bestehenden Zentrierdornen zum Einführen in Zentrieröffnungen der Karosserie versehen ist,
gekennzeichnet durch die Merkmale,
 - die Kunststoffhülsen (2) sind jeweils strumpftartig auf einen der metallischen Grundkörper (1) aufgeschoben und an den Zentrierdornenden jeweils kappenartig gewölbt ausgebildet,
 - in auf einen Grundkörper (1) aufgeschobenem Zustand sind die Kunststoffhülsen (2) jeweils mit dem betreffenden Grundkörper (1) über einen lösbaren Rastverschluss verbunden.
2. Montageeinrichtung nach Anspruch 1,
dadurch gekennzeichnet,
dass der Rastverschluss durch eine nahe am geschlossenen Ende der Kunststoffhülse (2) in diese eingebrachte Ringnut (3) und einen komplementär in diese eingreifenden Ringbund (4) des zugehörigen Grundkörpers (1) gebildet ist.